Rückblick-Ausblick

Lothar Sack

Start mit viel Schwung …
Seite 34

Robert Giese

… Erfolge und Widerstände
Seite 37

Katrin Schmahl

… und Anlauf für
einen neuen Aufbruch
Seite 43

Tobias Barthl

Die Anfänge

Start der Pilotphase Gemeinschaftsschule

Lothar Sack

Die aus den Abgeordnetenhauswahlen im September 2006 hervorgegangene rot-rote Koalition hat sie ermöglicht: die Gemeinschaftsschule. Die Pilotphase Gemeinschaftsschule sollte erproben, wie (weniger ob) integrative und nicht-aussondernde Schulen entwickelt werden können – mit grundsätzlich heterogenen Lerngruppen, also ohne äußere Leistungsdifferenzierung und unter Einbeziehung der Grundstufe, also Jahrgänge 1–10/13. Hierzu war eine pädagogisch-inhaltliche Weiterentwicklung ebenso erforderlich wie eine organisatorische. Neben Neugründungen wurde die Weiterentwicklung bestehender Schulen ins Auge gefasst: Aufwachsen einer Grundschule, Erweiterung um eine Grund- oder Oberstufe, Fusion bestehender Schulen verschiedener Schularten. Angesprochen waren alle Schulen. Ein Programmpunkt war auch die Auswertung der Erfahrungen für die Übertragung „in die Fläche".

Inhaltliche Vorarbeiten gab es einige. Hier sei nur auf zwei hingewiesen: die gemeinsame Grundsatzerklärung „*Länger miteinander und voneinander lernen*" (1) von GGG und Grundschulverband aus dem Jahr 2001, die maßgeblich auf Aktivitäten der Berliner Landesverbände zurück ging und der sich in der Initiative „*Länger gemeinsam lernen*" etliche Bildungsorganisationen angeschlossen hatten, sowie das Arbeitspapier „*Berlin wird skandinavisch schlau – Wege zu einem integrativen Schulsystem in Berlin*"(2), das von der Linksfraktion des Abgeordnetenhauses im Januar 2006 veröffentlicht wurde. Die Bemühungen um die Gemeinschaftsschule wurden durchaus auch verstanden als eine mittel- bis langfristig angelegte Antwort auf Probleme, wie sie im „*Brandbrief*" der Rütli-Schule (3) vom Februar 2006 drastisch thematisiert worden sind. Diese Schule ist dann auch erfolgreich in eine der ersten Gemeinschaftsschulen „*aufgegangen*". (4)

Koalitionsvereinbarung 2006

Im Koalitionsvertrag (5) hieß es unter der Überschrift „*Zergliederung des Schulsystems zurückfahren – Einstieg in die Gemeinschaftsschule*": „*Kinder sollen länger gemeinsam lernen. Wir wollen die soziale Auslese in unserem Bildungssystem und die Abhängigkeit des Bildungserfolges vom sozialen Hintergrund der Kinder überwinden. … [Wir] wollen ... ein Konzept für eine Gemeinschaftsschule bis zur Klasse 10 bzw. bis zum Abitur entwickeln. Deshalb beginnen wir mit einer ‚Pilotphase' den schrittweisen Einstieg in eine Gemeinschaftsschule, die sich am skandinavischen Prinzip der ungeteilten Schule orientiert. Gemeinschaftsschulen sind Schulen, in denen alle Schüler und Schülerinnen mindestens bis zum Ende der 10. Klasse gemeinsam lernen und möglichst viele von ihnen gemeinsam das Abitur ablegen.*"

In der Pilotphase sollten verschiedene Wege erprobt werden, wie sich Gemeinschaftsschulen meist aus existierenden Schulen verschiedener Schularten entwickeln lassen. Erfahrungen sollten für eine Übertragung in die Fläche gesammelt werden. Dabei stand – der Name „*Pilotphase*" sagt es – weniger das „Ob", eher das „*Wie*" im Vordergrund. Die Pilotphase sollte mit einer öffentlichen Debatte begleitet werden und für das Ende der Wahlperiode war eine politische Entscheidung über die weitere Ausgestaltung vorgesehen.

Über die Einrichtung der Pilotphase hinaus war beabsichtigt, integrative Elemente auch im übrigen Schulsystem zu stärken.

Weitere Regelungen für die Pilotphase wurden vereinbart:

Lizenz: CC BY-NC-ND-4.0

- Einrichtung einer Steuerungsgruppe zur Koordinierung
- Änderung des Schulgesetzes zur Schaffung von verlässlichen Rahmenbedingungen für die teilnehmenden Schulen
- Voraussetzungen für die Bewerbung interessierter Schulen: Beschluss der Schulkonferenz, Vorlage eines Entwicklungskonzeptes und die Zustimmung der Schulträgers. Für jeden Bezirk wird (mindestens) eine Gemeinschaftsschule angestrebt.
- Die Ausstattung der Gemeinschaftsschulen orientiert sich an existierenden Gesamtschulen mit den Klassenstufen 1–12/13 und gebundenem Ganztagsbetrieb.
- Darüber hinaus sollten die Gemeinschaftsschulen eine zusätzlich personelle und finanzielle Ausstattung als Unterstützung für die Umgestaltung zur Gemeinschaftsschule erhalten.
- Für die Pilotphase wurde eine wissenschaftliche Begleitung vorgesehen.
- Für 2008 bis 2011 gibt es einen Förderfond von 22 Mill. €.

Weitere Schritte

Die Steuerungsgruppe (5 hochrangige Mitarbeiter der Senatsverwaltung) wurde eingerichtet, ebenso ein Beirat (22 Mitglieder, darunter Roesner; Domisch, Heyer, Prenzel, Preuss-Lausitz, Riegel, Süssmuth).

- Die Tätigkeit der Projektgruppe (3 Schulleitungsvertreter, 7 Mitarbeiter der Senatsverwaltung, 2 Bezirksvertreter) beinhaltete folgende Aufgaben:
- Erarbeitung der inhaltlichen Grundlagen (6) : Hierfür war es besonders wichtig, dass Erfahrungen von Schulen, die bereits erfolgreich nach ähnlichen Prinzipien arbeiteten, Berücksichtigung fanden. Hier sind besonders zu nennen Preisträgerschulen des Deutschen Schulpreises und Berliner Schulen (insbesondere die Heinrich-von-Stephan-Schule und die Fritz-Karsen-Schule, die mit ihren (ehem.) Schulleitern in der Projektgruppe direkt vertreten waren).
- Konzipierung eines Fortbildungs-/Qualifizierungskonzeptes für die Unterstützung der Schulentwicklung der teilnehmenden Schulen. Ein fünfköpfiges Qualifizierungsteam wurde zusammengestellt, das seine Arbeit Anfang 2008 aufnahm.
- Vorbereitung und Begleitung des Vorbereitungs- und Bewerbungsprozesses interessierter Schulen.
- Entwicklung und Formulierung von Anforderungen an die beabsichtigte wissenschaftliche Begleitung. Die wissenschaftliche Begleitung wurde in einem Ausschreibungsverfahren schließlich einem Team der Uni Hamburg und der Rambøll Management GmbH unter der Leitung von Prof. Johannes Bastian übertragen.

Die Unterstützung der beteiligten Schulen wurde konkretisiert: eine halbe Lehrerstelle und bis zu 7.000,00 € für Fortbildung pro Schule sowie die Angebote des Qualifizierungsteams und für einige Schulen auch bauliche Veränderungen.

Ende 2006 gründete sich der „*Runde Tisch Gemeinschaftsschule Berlin*“ (7), eine zivilgesellschaftliche Initiative für alle an der Diskussion und Entwicklung der Gemeinschaftsschule Interessierten. Hier fand in den nächsten Jahren ein reger Gedankenaustausch statt zwischen Schulleitungen und Lehrpersonen an den (künftigen) Gemeinschaftsschulen, Vertretern von Grundschulverband, der GGG und der GEW, Vertretern der Elternschaft, Mitarbeitern der Senatsverwaltung sowie Vertretern der Koalitionsparteien und einfach nur Interessierten.

Rechtliche Grundlagen

Die Schulgesetz-Novellierung vom Januar 2008 verankerte die Pilotphase Gemeinschaftsschule als Schulversuch mit einer Bestandszusicherung. Alle allgemeinbildenden Schulen können Gemeinschaftsschule werden, keine Schulart ist ausgeschlossen, Neugründungen sind möglich.

Die Gemeinschaftsschule wurde definiert als integrierte Schule für alle Schüler mit den Klassenstufen 1 bis 10/13, die alle Bildungsgänge und Abschlüsse umfasst. Weitere obligatorische Kennzeichen: Inklusion (auch und gerade von Schülern mit Beeinträchtigungen), Ganztag, keine Bildungsgangempfehlung am Ende der Grundstufe, damit verbunden keine Probezeit

Lizenz: CC BY-NC-ND-4.0

zu Beginn der Sekundarstufe, kein Abschulen, kein Sitzenbleiben, grundsätzlich heterogene Lerngruppen (ohne äußere Fachleistungsdifferenzierung als Organisationsprinzip).

Weitere „*öffnende*“ Regelungen wurden den Schulen angeboten: Wahl der Individualisierungs- und Differenzierungsformen, keine Beurteilung mit Ziffernnoten bis Anfang Jahrgang 9, Jahrgangsmischung, Freiräume in der Stundentafel und bei der Schaffung von Lernbereichen (Zusammenlegung von Einzelfächern). Für das Praktizieren dieser Elemente reichte jeweils ein Schulkonferenzbeschluss.

Im Rahmen der beabsichtigten Stärkung der integrativen Praxis im Schulsystem erhielten alle Schulen, auch die, die nicht in der Pilotphase mitarbeiteten, das Angebot, jeden erwähnten Baustein zu übernehmen. Davon haben – außer etlichen Gemeinschaftsschulen – in der Folgezeit kaum Schulen der Sekundarstufe I Gebrauch gemacht.

Die ersten Gemeinschaftsschulen

Die ersten Gemeinschaftsschulen sollten mit dem Schuljahr 2008/09 starten.

Das Bewerbungsverfahren der Schulen begann im Mai/Juni 2007 mit einer Interessenbekundung (8): Immerhin zeigten sich 57 Schulen an der Pilotphase Gemeinschaftsschule interessiert – 42 öffentliche Schulen: 18 Grundschulen, 10 Gesamtschulen, 10 Realschulen, 4 Hauptschulen; 15 private Schulen. Einige zunächst „*neugierige*“ Gymnasien sprangen wieder ab.

Die anschließende Bewerbung mit Entwicklungskonzept, Schulkonferenzbeschluss und Zustimmung des Schulträgers erfolgte bis September 2007. Die Bewerbung einiger Interessenten scheiterte an der Verweigerung der Zustimmung des Schulträgers. Der Bezirk Reinickendorf – CDU-dominiert – war hier besonders „hartnäckig“. Ende November 2007 gingen aus der Bewerbung 11 Standorte (9) hervor, an denen Gemeinschaftsschulen mit Beginn des Schuljahres 2008/09 starteten. Davon sind heute noch 10 Schulen dabei:

- **Neugründung:**
  Wilhelm-von-Humboldt-Schule
- **Schulerweiterungen:**
  - Wolfgang-Amadeus-Mozart-Schule, entstanden aus einer Grundschule
  - Heinrich-von-Stephan-Schule, entstanden aus einer kombinierten Haupt- und Realschule
  - Anna-Seghers-Schule, entstanden aus eine Gesamtschule (7–13)
  - B.-Traven-Schule, entstanden aus einer Gesamtschule (7–10)
- **Schulfusionen:**
  - Gemeinschaftsschule auf dem Campus Rütli, entstanden aus einer Grundschule, einer Haupt- und einer Realschule
  - Sophie-Brahe-Schule, entstanden aus einer Grundschule und einer Realschule
  - die Theodor-Heuss-Schule, entstanden aus einer Grundschule, einer Gesamtschule (7–10) und (später) einer selbstständigen gymnasialen Oberstufen-Schule
- **Umwandlungen:**
  - Fritz-Karsen-Schule, vorher bereits Gesamtschule mit Grund- und Oberstufe
  - Ev. Schule Berlin Mitte/Zentrum: Grundstufenteil ESBM, Sekundarstufenteil ESBZ

Der gesamte Interessenbekundungs- und Auswahlprozess sowie der Start der Schulen am 1. August 2008 fand ein reges mediales Echo.

In den Folgejahren kamen einige weitere Gemeinschaftsschulen hinzu. Die wissenschaftliche Begleitung erbrachte fast sensationell zu nennende, die Erwartungen weit übertreffende Ergebnisse, die jedenfalls deutlich zeigen, dass eine Schule für alle einen signifikanten Beitrag zur Herstellung von mehr Chancengleichheit leisten kann und das ohne Leistungseinbußen. Trotzdem existieren bis heute nur 26 staatliche und einige private Gemeinschaftsschulen. Leider gibt es starke gesellschaftliche Kräfte, die solche Ergebnisse ignorieren und auf einem Schulsystem beharren, das selektiert und segregiert und damit letzten Endes einen Beitrag zum Auseinanderdriften der Gesellschaft leistet. Eingang in die politischen Entscheidungen für die Gestaltung des Schulsystems haben die Ergebnisse der Gemeinschaftsschulen bisher jedenfalls nur rudimentär gefunden. Der gesellschaftliche Diskurs, wie ursprünglich konzipiert, hat bis heute nicht stattgefunden und ist nach wie vor noch einzufordern.

Lizenz: CC BY-NC-ND-4.0

Quellen:

(1) Gemeinsame Grundsatzerklärung von GSV und GGG (2001):
https://ggg-web.de/index.php/service/ggg-downloads/category/4?download=24

(2) Linksfraktion im Abgeordnetenhaus: Berlin wird skandinavisch schlau (2006):
https://ggg-web.de/be-service/be-downloads/category/121?download=2837

(3) Rütli-Schule: Schulsituation, 28.2.2006:
https://web.archive.org/web/20070927045406/http://www.ruetli-oberschule.de/downloads/iie3.1schulsituation.pdf

(4) L. Sack, C. Heckmann: Gemeinschaftsschule auf dem Campus Rütli Berlin
https://ggg-web.de/publikationen/ ggg-zeitschrift/2074#l-sack-c-heckmann-gemeinschaftsschule-auf-dem-campus-ruetli-berlin

(5) Koalitionsvertrag Berlin 2006 (Auszug zum Thema Schule):
https://ggg-web.de/be-service/be-downloads/category/121?download=1190

(6) Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung: Grundlagen für die Pilotphase Gemeinschaftsschule (Mai 2007):
https://ggg-web.de/be-service/be-downloads/category/121?download=956

(7) Runder Tisch Gemeinschaftsschule Berlin
Aufruf für eine gemeinsame Schule für alle! (Dez. 2006):
https://ggg-web.de/be-service/be-downloads/category/106?download=1272
Gemeinschaftsschule Berlin – Ziele, Grundsätze und Regelungen
https://ggg-web.de/be-service/be-downloads/category/106?download=958
L. Sack: Gemeinschaftsschule in Berlin, Rede auf der FES-Fachtagung Juni 2007:
https://ggg-web.de/be-service/be-downloads/category/121?download=968 Was der Runde Tisch will!
https://ggg-web.de/be-service/be-downloads/category/106?download=960

(8) Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung: Pressemitteilung 43 öffentliche Schulen wollen Gemeinschaftsschule werden (Die PM enthält eine kleine Unstimmigkeit.):
https://ggg-web.de/be-service/be-downloads/category/121?download=2857

(9) Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung: Pressemitteilung über die 11 ersten ausgewählten Gemeinschaftsschulen
https://ggg-web.de/be-service/be-downloads/category/121?download=2838

Höhen und Tiefen

Berliner Gemeinschaftsschulen 2008–2025

Robert Giese, Lothar Sack

2008 gingen 11 Schulen an den Start der Pilotphase Gemeinschaftsschule. Heute gibt es in Berlin 26 öffentliche Gemeinschaftsschulen und etliche private. Der Weg dahin war keineswegs immer einfach. Gab es zu Anfang erfreuliche Unterstützung, erfuhren die Schulen in der Folge doch manchen Widerstand, wo eigentlich Support insbesondere aus der Politik und der Verwaltung nötig und hilfreich gewesen wäre. Dann gäbe es heute deutlich mehr dieser Schulen.

Jede der Pilotschulen hatte ca. ein Jahr Gelegenheit, sich auf den Start vorzubereiten. Mit zwei Drittel Mehrheit der Schulkonferenz hatte sie beschlossen, mindestens die Jahrgänge 1–10 zu umfassen und das Lernen ohne äußere Leistungsdifferenzierung zu realisieren. Das aus Projektmitteln finanzierte Qualifizierungsteam stand jeder einzelnen Schule für Beratung und Moderation zur Verfügung und organisierte gemeinsame Seminare an attraktiven Orten – Jagdschloss Hubertusstock, Botanischer Garten. Aus jeder Schule nahmen ca. fünf Kollegen teil. Sie präsentierten gegenseitig ihre Entwicklungsvorhaben, Erfolge, aber auch Misserfolge. Die Veranstaltungen wurden als außerordentlich produktiv erlebt und selten haben Lehrende ein so hohes Maß an Wertschätzung von Seiten der Politik erfahren. Jeder Schule standen außerdem bis zu 7.000 € für Fortbildungen zur Verfügung. Jede Schule erhielt eine zusätzliche halbe Lehrerstelle für die Zeit der Pilotphase. Es herrschte eine sehr hoffnungsvolle Stimmung.

Lizenz: CC BY-NC-ND-4.0

Der zweite wesentliche Erfolgsfaktor war die wissenschaftliche Begleitung. Beauftragt wurde ein Team unter der Leitung von Johannes Bastian von der Universität Hamburg. Untersucht werden sollte in einer Längsschnittstudie, wie sich Schülerleistungen entwickeln. Die Ausgangssituation der Schüler im Jahrgang 7 wurde getestet. Sie wurden bis zum Jahrgang 10 begleitet. Zum Vergleich wurden Daten der Hamburger Längsschnitt-Untersuchungen herangezogen, die gute Vergleichsmöglichkeiten boten. Parallel wurden Lehrpersonal, Schüler und Eltern mehrfach befragt.

Das Untersuchungsteam hat in eindrucksvoller Weise und die Erwartungen übertreffend herausgefunden, was Gemeinschaftsschulen leisten können: hoher Lernzuwachs unabhängig vom Sozialstatus des Elternhauses, gute Leistungen im kognitiven Bereich – besser als die Hamburger Vergleichsschulen – , keine Behinderung der Entwicklung schnell lernender Schüler, Einbeziehung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, was sowohl bei ihnen als auch bei den „*normalen*" Schülern zu besseren Lernergebnissen geführt hat. (1, 2, 3, 4)

Die Schulen erlebten die wissenschaftliche Begleitung als äußerst kooperativ, deren Rückmeldungen auch dann als hilfreich, wenn sie kritisch waren. So wurde die wissenschaftliche Begleitung ein Instrument ihrer Schulentwicklung: Sie zogen aus den Ergebnissen Konsequenzen für ihre pädagogischen Maßnahmen … und erzielten in der Folge (noch) bessere Ergebnisse.

Die Zustimmung war in den Kollegien, bei Eltern und Schülern außergewöhnlich hoch. Offensichtlich war das Ziel der einen Schule für alle verinnerlicht worden. Einige Politiker erkannten die Stärke der Gemeinschaftsschulen; der damalige Staatssekretär sprach davon, dass die Gemeinschaftsschulen die Schulen der Zukunft seien. Die Ergebnisse fanden ein reges mediales Echo. Es gab Grund zum Feiern und für weiteren Optimismus. (5)

In der Folge begründete das Abgeordnetenhaus eine Schulgesetzänderung 2009 unter anderem so (6):

„… *Es bedarf eines nicht auslesenden Schulsystems und einer neuen Lern- und Lehrkultur, so wie es dem Selbstverständnis der Gemeinschaftsschule entspricht.*
Die bevorstehende Weiterentwicklung der Schulstruktur durch die Errichtung einer integrativen Schulform in der Sekundarstufe, die alle bisherigen Bildungsgänge einschließt und zu allen Abschlüssen, einschließlich Abitur, führt, ist ein wichtiger Zwischenschritt in Richtung eines ungegliederten, nicht auslesenden Schulsystems."

Der Bruch

Wer nun erwartet hatte, dass diese Erkenntnisse zu vielen neuen Gemeinschaftsschulgründungen führte, muss enttäuscht werden. Heute, 18 Jahre nach Start der Gemeinschaftsschulen, gibt es nicht mehr als 26 öffentliche Gemeinschaftsschulen – und etliche private. Mit dieser Geschwindigkeit würde es noch ca. 150 Jahre bis zu einem „*ungegliederten, nicht auslesenden Schulsystem*" dauern. Der Beschluss galt auch gar nicht der Einführung der Gemeinschaftsschule, sondern das war die Begründung für die Einführung einer neuen Regel-Schulart, der „*Integrierten Sekundarschule*" (ISS). In diese neue Schulart sollten alle Haupt-, Real- und Gesamtschulen zum großen Teil mit Fusionen aufgehen. (7)

Die ISS erhielt einige der Kennzeichen der Gemeinschaftsschule bzw. der bisherigen Gesamtschule: Vergabe aller Schulabschlüsse, Ganztag, kein Sitzenbleiben, Möglichkeit, auf LDU zu verzichten, … . Von offizieller Seite wurde die Gemeinschaftsschule nun als eine Unterart der ISS angesehen und galt trotz sechs Jahren Primarstufe und nur vier Jahren Sek I als Sekundarschule. In ihrem Status als Schulversuch blieb sie aber bestehen.

Krass im Widerspruch zur zitierten Begründung seht auch die heute noch geltende Standardregelung für die Schüler-Aufnahme in Klasse 7: Sofern die Schule nicht anderes beschließt, gelten die Grundschulnoten. Das hat in einigen Fällen dazu geführt, dass mit Grundschulnoten von unter 2,0 schon keine Aufnahme mehr erfolgt, härtere Zugangsbedingungen als an vielen Gymnasien. Schule für alle ist das nicht.

Lizenz: CC BY-NC-ND-4.0

Die Pilotphase Gemeinschaftsschule verlor ihre „*Pilot-Funktion*“; das Schulsystem wurde bereits umgewandelt, bevor die Pilotphase belastbare Ergebnisse liefern konnte. Waren für die Pilotphase alle Schularten – auch Gymnasien – angesprochen, verstanden sie doch schnell, dass sie bei der Etablierung der ISS nicht betroffen waren, das sei der Elternwille. Von diesem Moment an gab es keine Interessenbekundung für die Gemeinschaftsschule mehr seitens eines Gymnasiums. Es war nun vor Reformen und Veränderungszumutungen weitgehend geschützt. Immerhin mussten auch die Gymnasien bei Übernachfrage eine Quote von Schülern nach dem Losverfahren aufnehmen, alle Schüler ab dem 8. Schuljahr bis zum Ende der Sek I behalten und folgerichtig nun regulär auch alle Abschlüsse der Sek I vergeben. Außerdem wurde für Gymnasien die Schulbesuchsdauer bis zum Abitur auf 12 Schuljahre abgesenkt.

Stagnation

Welche Deals im Hintergrund zwischen den Koalitionspartnern zu diesen Entscheidungen geführt haben, ist bis heute nicht klar. Jedenfalls wurde damit in Berlin, bereits 2008 vorbereitet (8, 9), das Zweisäulen-Modell eingeführt (16). Die gemeinsame Schule für alle rückte damit in eine nebulöse Zukunft. DGB(10), GEW (18) Grundschulverband (11), AK-Gem (Arbeitskreis Gemeinsame Erziehung) (12), der Runde Tisch Gemeinschaftsschule (13, 19), die GGG (14), sogar eine Gruppe von Politikern der SPD und der Linken (14,15) wandten sich z. T. schon früh gegen diese Entscheidung, drangen aber nicht durch. Gemeinschaftsschulen spielten so schon kurz nach dem Start der Pilotphase in der Politik nur noch eine untergeordnete Rolle und erfuhren statt der bisherigen Unterstützung mitunter harten Widerstand auf Landesebene und in etlichen Bezirken. Die damit vollzogene Abkehr großer Teile der Bildungspolitik und der Verwaltung von der Gemeinschaftsschule ist nach wie vor für alle, die sich etwas auskennen, unverständlich – zumal nachgewiesen wurde, dass die Gemeinschaftsschule die in sie gesetzten Hoffnungen in erstaunlichem Maße einlösen konnte. Eine Chance wurde leichtfertig vergeben (20), die Folgen sind bis heute zu spüren. Immerhin lief die Pilotphase weiter, wie geplant.

Einige Beispiele für den Widerstand, den die Gemeinschaftsschulen erfuhren:

- Zwar wurde nach 2006 in allen Koalitionsvereinbarungen – 2011, 2016, 2021, 2023 – die Beibehaltung (21), Stärkung und der weitere Ausbau (22, 23, 24) der Gemeinschaftsschule vereinbart. Ausgerechnet im Zeitraum der Rot-Schwarzen Koalition 2011-2016 wurden sieben, im gesamten Zeitraum 2016–2025 jedoch nur vier weitere Gemeinschaftsschulen gegründet, obwohl es darüber hinaus Interessenten gab – und gibt. Die Zahl der Gemeinschaftsschulen in privater Trägerschaft nahm hingegen deutlicher zu. In der Zeit bis 2023 war das Schulressort in sozialdemokratischer Hand.
- In den unmittelbaren Folgejahren nach dem Start der Pilotphase rief die Senatsverwaltung zur Bewerbung für die Teilnahme an der Pilotphase auf. Weitere Initiativen seitens der Schulpolitik, um für die Neugründung von Gemeinschaftsschulen zu werben, gab es nicht.
- Es folgte eine Auseinandersetzung über den „*leistungsdifferenzierten Unterricht*“. Trotz der Veränderungen in den KMK-Vereinbarungen steht tatsächlich in der Berliner Sekundarstufenverordnung diese unsinnige Formulierung: „*Notenstufen und Punktwerte … an der Gemeinschaftsschule im leistungsdifferenzierten und nicht leistungsdifferenzierten Unterricht*“.

  Damit wird ein völlig unpädagogisches Verständnis von „*Differenzierung*“ dokumentiert. Wichtig ist offenbar nur, dass in einigen ausgewählten Fächern die Schüler alle halben Jahre einem Niveau zugeteilt und dann nach unterschiedlichen Zensurenskalen beurteilt werden. Weniger wichtig ist, dass das Lernen so organisiert wird, dass jeder Lernende die Chance hat, zu für ihn optimalen Ergebnissen zu kommen und das egal ob in Mathematik oder Geschichte. Das geht nun 'mal nur mit der Respektierung individueller Lernwege auch im „*nicht leistungsdifferenzierten*“ Unterricht. Obwohl sich alle Gemeinschaftsschulen zur Binnendifferenzierung verpflichtet haben, es gibt gar keine E- und G-Kurse, wurde von ihnen tatsächlich

Lizenz: CC BY-NC-ND-4.0

erwartet, regelmäßige Niveau-Zuweisungen für jede/n Schüler/in vorzunehmen. Einige Schulleitungen drohten mit ihrem Rücktritt. Übrigens wird die SEK I-Verordnung bis heute kreativ angewendet, um den zugemuteten pädagogischen Unsinn zu vermeiden.

- Die für eine durchgängige Schule naheliegende gleiche Zügigkeit in Grund- und Mittelstufe ist nur in wenigen Gemeinschaftsschulen erreicht, meist in denen, die aus einer Grundschule aufgewachsen sind. Forderungen auf diese Gleichzügigkeit stoßen insbesondere bei vielen Bezirksverwaltungen auf Unverständnis, Ablehnung und sogar kontraproduktive Entscheidungen.
- 2016 wurde die „Berlin-Studie" (25) veröffentlicht, in der die Wirkungen des Zwei-Säulen-Modells untersucht werden sollten. In dieser Studie kommt die Gemeinschaftsschule praktisch nicht vor. Den Gymnasien und den integrierten Schulen ohne Oberstufe wurde ein Leistungsrückgang attestiert – im Gegensatz zu zu den integrierten Schulen mit eigener Oberstufe; ca. 40 % dieser Schulen sind Gemeinschaftsschulen. Eine Differenzierung wäre wohl angebracht.
- 2020 erschien die von der Senatsverwaltung in Auftrag gegebene „Qualitätsstudie" (26). Auch hier wird die Gemeinschaftsschule im Wesentlichen als Unterart der integrierten Sekundarschule gesehen. Einer der Kritikpunkte (27) an der Studie war die Aussage, dass „Spitzenleistungen nur an den Gymnasien erreicht werden" (S. 85). Deutlich im Widerspruch hierzu steht, dass die öffentliche Berliner Schule mit dem besten Abiturergebnis im selben Jahr die Wilhelm-von-Humboldt-Gemeinschaftsschule war (28). Ist das nicht ein deutlicher Hinweis, grundsätzlich die undifferenzierte Beurteilung von ISSen und Gemeinschaftsschulen zu hinterfragen?
- Gemeinschaftsschulen erhielten Schulnummern der integrierten Sekundarschulen und werden in der Schulstatistik auch bis heute nicht getrennt ausgewiesen, obwohl sie seit 2018 eigenständige Schulart sind.

Der Widerstand, den die Gemeinschaftsschulen erfuhren, war zwar stark aber keineswegs eine geschlossene Front: Die im Koalitionsvertrag vereinbarte rechtliche Verankerung der Gemeinschaftsschule im Schulgesetz als Regelschule wäre sonst wohl nicht beschlossen worden. Hier haben die Netzwerke der Gemeinschaftsschulen und insbesondere der Eltern stark geholfen. Andere im Koalitionsvertrag von 2016 vorgesehene Maßnahmen zur Stärkung der Gemeinschaftsschulen wurden nur sehr rudimentär angegangen (29).

Trotz äußeren Drucks auf die Gemeinschaftsschulen ging die pädagogische Entwicklung weiter. Belege dafür sind einige bundesweite Schulpreise, die Berliner Gemeinschaftsschulen errangen: 2019 die Friedenauer Gemeinschaftsschule den Jakob-Muth-Preis, 2024 die Wilhelm-von-Humboldt-Gemeinschaftsschule und die Friedenauer Gemeinschaftsschule den Deutschen Schulpreis. Damit konnte erneut gezeigt werden: Veränderte Schulstruktur kann durchaus zu besseren Ergebnissen führen, wenn die dadurch gebotenen Chancen für eine veränderte Lernkultur genutzt werden.

Runder Tisch und Netzwerke

Bereits vor dem Start der Pilotphase Gemeinschaftsschule hatte der Runde Tisch Gemeinschaftsschule Berlin seine Tätigkeit aufgenommen. Er verstand sich als Informations- und Austausch-Börse und hat 2007–2015 die Entwicklung kritisch-konstruktiv begleitet (30). Hier traf man sich, um sich gegenseitig zu informieren und zu beraten. Außerdem veranstaltete der Runde Tisch öffentliche Veranstaltungen.

U. a. als Antwort auf die Forderungen der Schulverwaltung, die für die Schulen Angriffe auf Kernthemen ihrer Konzeption waren, wurde 2010 das Netzwerk der Gemeinschaftsschulen gegründet. Weil hierfür andere Veranstaltungsformate sinnvoller waren, aber auch das öffentliche Interesse nachließ, verlagerten sich die Kontakte unter der Gemeinschaftsschulen vom Runden Tisch hin zu Netzwerkaktivitäten.

Aus dem Netzwerk heraus wurde dann die Vereinigung der Schulleiter/innen in der GGG Berlin gegründet, um an wesentlichen Entscheidungsprozessen beteiligt zu werden. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden auch auf Verwaltungsebene die Gemeinschaftsssschulen ignoriert, z. B bei Verbandsanhörungen.

2022 gab es eine Initiative mit Hilfe externer Moderation das Selbstverständnis der Gemein-

Lizenz: CC BY-NC-ND-4.0

schaftsschulen in Berlin zu schärfen, die Arbeit im Netzwerk zu intensivieren und die bewährte inhaltliche Zusammenarbeit zu vertiefen. Das gründlich diskutierte „*Selbstverständnis der Berliner Gemeinschaftsschulen*“ (31) ist ein Ergebnis, der nun offizielle Name des Netzwerkes „*Netzwerk der Gemeinschaftsschulen Berlin in der GGG*“ und ein inhaltliches Programm sind weitere. An den Treffen alle sechs Wochen beteiligen sich regelmäßig ca. 40 Kolleg*innen aus 20 Schulen. Gemeinschaftsschulen, die sich neu gründen (wollen), finden Unterstützung.

In letzter Zeit sind bundesweit, aber auch auf Berliner Ebene Aktivitäten zu verzeichnen, die die Idee der gemeinsamen Schule für alle wieder stärker in den Diskursfokus rücken. B90/Die Grünen (32) und Die Linke (33) in Berlin fordern eine deutliche Stärkung der Gemeinschaftsschulen, u. a. eine Verdopplung ihrer Anzahl in vier Jahren, die SPD überlegt noch. Und 2026 sind die nächsten Wahlen in Berlin. Es gibt viel zu tun.

Quellen:

(1) Wissenschaftliche Begleitung der Pilotphase Gemeinschaftsschule Berlin:
https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/bildungswege/gemeinschaftsschule/#headline_1_5

(2) Wissenschaftliche Begleitung der Pilotphase Gemeinschaftsschule Berlin: Gemeinschaftsschule gestalten Praxisleitfaden (2011-10): https://ggg-web.de/be-service/be-downloads/category/159?download=974
Materialsammlung (2011-10)
https://ggg-web.de/be-service/be-downloads/category/159?download=975

(3) Ulrich Vieluf (2014): Was integrierte Schulen können – Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung der Pilotphase Gemeinschaftsschule Berlin, Vortrag anlässlich der GGG-Bundesarbeitstagung 15. Nov. 2014
IG-Mannheim-Herzogenried:
https://ggg-web.de/schulen/572/530

(4) Ulrich Vieluf: Die Berliner Gemeinschaftsschule als Prototyp einer inklusiven Schule?, in Die Schule für alle 2021/1, S. 26–31:
https://ggg-web.de/publikationen/ggg-zeitschrift/1494
https://ggg-web.de/bildung-politik/131/1497

(5) BLZ – Zeitschrift der GEW Berlin 09/2008 – Gemeinschaftsschule – Eine für alle:
https://www.gew-berlin.de/suche?id=10713&tx_solr%5Bq%5D=Gemeinschaftsschule+2008

(6) Beschluss des Abgeordnetenhauses von Berlin 25.6.2009:
https://ggg-web.de/be-service/be-downloads/category/121?download=1056

(7) Lothar Sack: Berlin, in Die Schule für alle 2023/3, S. 10–13
https://ggg-web.de/publikationen/ggg-zeischrift/2108#berlin
Whttps://ggg-web.de/be-bildung-politik/560/2113

(8) SenBWF: Weiterentwicklung der Berliner Schulstruktur – PM vom 2008-09:
https://ggg-web.de/be-service/be-downloads/category/121?download=2842

(9) J. Zöllner: Eckpunkte zur Weiterentwicklung der Berliner Schulstruktur:
https://ggg-web.de/be-service/be-downloads/category/121?download=2851:

(10) DGB Berlin: Etikettenschwindel bei Gemeinschaftsschule – Stellungnahme zur PM vom Sept. 2008 (2008-09):
https://ggg-web.de/be-service/be-downloads/category/106?download=2846

(11) Grundschulverband Berlin: So nicht! – Stellungnahme zur PM vom Sept. 2008 (2008-10):
https://ggg-web.de/be-service/be-downloads/category/106?download=2847

(12) AK Gem: Stellungnahme zu den Eckpunkten zur Schulstruktur (2008-11):
https://ggg-web.de/be-service/be-downloads/category/106?download=2848

(13) Runder Tisch Gemeinschaftsschule: Zu kurz gesprungen – Stellungnahme zur PM vom Sept. 2008 (2008-10)
https://ggg-web.de/be-service/be-downloads/category/106?download=961

(14) BL – AfB in der SPD: Stellungnahme zur Weiterentwicklung der Berliner Schulstruktur (2008-09):
https://ggg-web.de/be-service/be-downloads/category/106?download=2849

(15) Abgeordnetengruppe SPD – Die Linke: Bildungsziele für Berlin (2008-09):
https://ggg-web.de/be-service/be-downloads/category/106?download=2850

(16) SenBWF: Aus drei mach zwei –Mitteilung des Senats an das Abgeordnetenhaus 11.02.2009:
https://ggg-web.de/be-bildung-politik/177/191#mitteilung-des-senats

(17) GGG-Berlin: Stellungnahme zur Mitteilung des Senats vom 11.02.2009: https://ggg-web.de/be-bildung-politik/177/191

(18) GEW Berlin: Schulstrukturreform in Berlin – Beschluss der LDV vom 4.6.2009:
https://www.gew-berlin.de/aktuelles-beschluesse/detailseite-beschluesse/schulstrukturreform-in-berlin

(19) Runder Tisch Gemeinschaftsschule Berlin: Zu kurz gesprungen! – Stellungnahme zur Strukturreform 2010:
https://ggg-web.de/be-service/be-downloads/category/106?download=963

(20) R. Giese: Berlin hat(te) eine Chance:
https://ggg-web.de/be-service/be-downloads/category/121?download=2853

(21) Koalitionsvereinbarung 2011 – Auszug – Bildung:
https://ggg-web.de/be-service/be-downloads/category/121?download=2839

(22) Koalitionsvereinbarung 2016 – Auszug – Bildung:
https://ggg-web.de/be-service/be-downloads/category/121?download=200

Lizenz: CC BY-NC-ND-4.0

(23) Koalitionsvereinbarung 2021 – Auszug – Bildung: https://ggg-web.de/be-service/be-downloads/category/121?download=2840

(24) Koalitionsvereinbarung 2023 – Auszug – Bildung: https://ggg-web.de/be-service/be-downloads/category/121?download=2841

(25) DIPF u. a.: Das zweigliedrige Berliner Sekundarschulsystem auf dem Prüfstand: ein Zwischenresümee – Zusammenfassendes Abschlusskapitel aus dem zweiten Ergebnisbericht zur BERLIN-Studie: https://www.dipf.de/de/forschung/pdf-forschung/steubis/BERLIN_Studie_Maerz_2017_wissenschaftliches_Fazit.pdf

(26) Qualitätskommission zur Schulqualität in Berlin: Empfehlungen zur Steigerung der Qualität von Bildung und Unterricht in Berlin – Abschlussbericht der Expertenkommission: https://www.berlin.de/sen/bjf/service/presse/abschlussbericht_expertenkommission_6-10-2020.pdf?ts=1752664057

(27) GGG-Berlin, Qualitätskommission Berlin (2020-10) – Empfehlungen - nicht empfehlenswert – Stellungnahme des Berliner Landesvorstandes: https://ggg-web.de/be-bildung-politik/177/1522

(28) Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie: Bestes Abitur seit Jahren in Berlin, Pressemitteilung, 25. Juni 2020 https://www.tagesspiegel.de/berlin/downloads/abitur2020-pm?icid=in-text-link_5072401

(29) Netzwerk der Gemeinschaftsschulen in Berlin: Forderungen an die Bildungspolitik (2021-09) https://ggg-web.de/be-bildung-politik/177/1697

(29) Runder Tisch Gemeinschaftsschule Berlin – diverse Veröffentlichungen: https://ggg-web.de/termine/98/761#ggg-be-runder-tisch-gemeinschaftsschule

(30) Netzwerk der Berliner Gemeinschaftsschulen: Selbstverständnis der Berliner Gemeinschaftsschulen: https://ggg-web.de/be-service/be-downloads/category/512?download=2852

(31) Grüne wollen Anzahl der GemSen verdoppeln: https://www.tagesspiegel.de/berlin/schule/schule-des-21-jahrhunderts-grune-wollen-zahl-der-gemeinschaftsschulen-in-berlin-verdoppeln-14100413.html

(32) Linke wollen Anzahl der GemSen verdoppeln: https://www.linksfraktion.berlin/politik/presse/detail/berliner-linksfraktion-will-anzahl-der-gemeinschaftsschulen-bis-2031-verdoppeln/ WWW

Johannes Bastian · 1948–2025

Johannes Bastian war Lehrer und später Universitätsprofessor an der Uni Hamburg. Die Hamburger Schule hat ihm viel zu verdanken. Er leitete die Redaktion der für Hamburger Schulen so wichtigen Zeitschrift „Hamburg macht Schule“ (HmS) und der bekannten bundesweiten Zeitschrift „Pädagogik“. Und er war langjähriges GGG-Mitglied.

In besonderer Weise besteht seine Bedeutung für Berlin in der Leitung der wissenschaftlichen Begleitung der Pilotphase Gemeinschaftsschule. Wir haben eine Begleitung erlebt, die ihren Namen verdient hat und von den „Untersuchten“ gerne angenommen wurde. Die Schulen waren nicht lediglich „Datenlieferanten“ für Promotionen. Sie erlebten ihn und sein Team vielmehr als daran interessiert, dass die Schulen von der Arbeit und den Ergebnissen für ihre Weiterentwicklung profitieren konnten. Auch das Überbringen kritischer Botschaften geschah in einer überaus kooperativen und fairen Art und immer mit Hinweisen auf erfolgversprechende Änderungsansätze.

Schade, dass es Johannes Bastian nur noch in der Erinnerung gibt. Aber er hat Maßstäbe gesetzt, an denen sich andere messen lassen müssen.

Der Vorstand der GGG-Berlin

Lizenz: CC BY-NC-ND-4.0

… und wie weiter? Ein Ausblick

Gemeinschaftsschulen gibt es in Berlin seit 2008, also nunmehr seit 16 Jahren. Es ist Zeit, über den Stellenwert und die Bedeutung dieser Schulart für die Berliner Schullandschaft nachzudenken. Die bisherige Stellung der Gemeinschaftsschulen als eine eher geduldete Schulart neben anderen kann nicht befriedigen. Das widerspricht den ursprünglichen Absichten sowie den eigentlich notwendigen Konsequenzen, die aus den positiven Ergebnissen und Erfahrungen gezogen werden müssten. Wir skizzieren hier, warum und wie es weitergehen kann, welche Hindernisse überwunden werden müssen und was dafür auch im Einzelnen erforderlich ist.

Teil 1
Die schulpolitische Sicht

Robert Giese, Lothar Sack

Wir können es schon fast nicht mehr hören:

- eine hohe und steigende Schulabbrecherquote – dabei sind die „*Köpfe der Menschen*“ doch unser Kapital –,
- beklagenswerte kognitive Schülerleistungen,
- trotz einer Schulart für die „*Begabten*“ keine besseren Spitzenleistungen als in Ländern mit integrierten Schulsystemen,
- Spitzenwerte bei der Abhängigkeit des (nicht nur) schulischen Erfolges von der sozialen Herkunft.

Mittlerweile muss man wohl hinzufügen: Immer mehr Jugendliche sind anfällig für undemokratische bis totalitäre Denkweisen und Taten. Einer der Treiber: ungenügende Bildung.

Unser Schulsystem begünstigt gesellschaftliche Spaltung, anstatt gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stiften.

Wenn Mängel nicht mehr zu übersehen sind, gibt es häufig nur nachträgliche Reparaturversuche, obendrein meist teuer und zeitlich begrenzt, die Legislaturperiode ist beendet – aber ohne nachhaltige Wirkung.

An einer Stelle ist Bewegung nicht nur ins Reden, auch ins Handeln gekommen: die vorschulische Phase. Jedoch der andere große Hemmschuh für mehr Chancengleichheit verharrt bisher in Stagnation: die frühzeitige Trennung der Kinder in unterschiedlich wertige Schularten der Sekundarstufe, die Selektion der Kinder nach Sozialmilieus mit der Begründung der Bestenauslese. AfD, CSU, CDU, der Philologenverband wollen das bisher so … und viele Eltern auch. Und die Lehrer?

Da gibt es gelingende Schulen – etwa die Schulpreis-Schulen – sowie Schulversuchen mit beachtlich positiven Ergebnissen. Das ist häufig Anlass für schöne Feiern mit entsprechenden Reden. Schulpolitische Konsequenzen?: Keine.

Dabei gibt es in Berlin Schulen, die die oben skizzierten Defizite unseres Schulsystems erfolgreich angehen. Die beiden voranstehenden Beiträge handeln ausführlich davon. Wir fühlen uns bestärkt: Es ist ein richtiger Weg, die wirksamen Bausteine der gelingenden Schulen zu erkennen und sie zur Grundlage der Weiterentwicklung unseres Schulsystems zu machen. Das war die ursprüngliche Absicht bei der Einrichtung der Pilotphase Gemeinschaftsschule Berlin.

Doch es gibt Hindernisse, Widerstände und Vorbehalte, deren Reduzierung oder gar Beseitigung nicht trivial ist.

Wie kann der Gewöhnung (fast) aller, vornehmlich derer, die Einfluss haben, an ein Schulsystem mit ungleich wertigen Schulen, entgegengewirkt werden?.

Wie können Politiker überzeugt werden, sich über eine Wahlperiode hinaus an längerfristigen bildungspolitischen Zielen und ihren gesellschaftlichen Implikationen zu orientieren?

Lizenz: CC BY-NC-ND-4.0

Wie können Schulen aller Schularten, die Unterricht nur in möglichst homogenen Lerngruppen für richtig halten, überzeugt werden, dass Lernen besser und nachhaltiger gelingt, wenn den Lernenden Raum und Zeit gegeben wird, ihren jeweils eigenen Lernweg zu finden? Dann sind heterogene Gruppen kein Risiko, sondern Bereicherung.

Wie können Eltern davon überzeugt werden, dass auch ihre klugen Kinder vom Besuch einer integrierten Schule profitieren?

Wie kann eine Verwaltung davon überzeugt werden, dass es auch für ihre Arbeit vorteilhaft ist, nach neuen Strukturen zu suchen? Wenn Schulwechsel nur aus individuellen Gründen erfolgen und nicht systemisch bedingt sind, reduziert sich Arbeit und Ärger mit der Schulplatzvergabe auf Einzelfälle.

Wie kann die Arbeit der Gemeinschaftsschulen öffentlich stärker wahrgenommen werden?

Wir brauchen systemisch verankerte Aktivitäten, die Vorbehalte reduzieren, die Neugründungen von Gemeinschaftsschulen fördern, die bestehende Gemeinschaftsschulen stärken und sie in ihrer Entwicklung und Vernetzung unterstützen und den Schulen effektive Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch bieten. Dafür ist es nötig, den Blick auf die Gemeinschaftsschule zu korrigieren. Hier sind Bildungspolitik und Verwaltung gefordert.

Die Gemeinschaftsschulen sind bereit, ihren Beitrag für einen Diskurs über eine Schule zu leisten, die jeden einzeln aber auch unsere Gesellschaft voranbringt. Sie sind bereit, ihre Arbeit der Öffentlichkeit zu zeigen, gehen dabei mit Entwicklungsvorhaben auch dann offen um, wenn sie nicht auf Anhieb funktionieren. Auch Skeptiker sind eingeladen. Wir wollen zeigen, wie längeres gemeinsames Lernen geht, dass es eine bessere Lösung gibt als separierten Unterricht. Ein Instrument hierfür sind Schulbesuchstage. Die nächsten sind für den Februar 2026 vorgesehen.

Sinnvoll erscheinen uns u. a. folgende Vorhaben:

- Senatsverwaltung und Bezirksämter identifizieren neue Standorte für Gemeinschaftsschulen im Bestand und bei Neubauten.
- Die Senatsverwaltung weist alle Schulen regelmäßig auf die Möglichkeit hin, Gemeinschaftsschule zu werden und fordert auf, davon Gebrauch zu machen. Grundschulen und Gymnasien sind hierbei genauso Adressaten wie die ISSen.
- Senatsverwaltung und Bezirksämter führen mit Bewerberschulen Gespräche darüber, wie der Wunsch auf Umwandlung in eine Gemeinschaftsschule realisiert werden kann. Das geschieht vordringlich mit den Schulen, die z. T. seit mehreren Jahren immer wieder vergeblich Anträge gestellt bzw. ihr Interesse bekundet haben.
- Für die Bewerberschulen wird ein Qualifizierungs- und Fortbildungsprogramm angeboten, das die jeweiligen Entwicklungsbedürfnisse der Schulen aufgreift.

Mit Freude stellen wir fest, dass die Situation auch von anderen gesellschaftlichen Instanzen ähnlich gesehen wird. Da gibt es vernichtende Urteile über unser Schulsystem und Hinweise, wie das zu ändern ist. Es äußern sich u. a. John Hattie – „*Deutschland hat das ungerechteste Schulsystem, das ich kenne.*“ – (1, 2), Marcel Helbig (3), die GEW (4), das Ifo-Institut (5), der Bürgerrat für Bildung (6), die Bertelsmann Stiftung (7), auf Berliner Ebene der Landesschülerausschuss (8), Die Linke (9), B90/Die Grünen (10, 11, 12).

Teil 2
Die Sicht auf die Schule

Tobias Barthl, Robert Giese, Katrin Schmahl

Neue Gemeinschaftsschulen sind angesagt. Aber auch die bestehenden Schulen brauchen Stärkung, Verlässlichkeit, Entwicklungsspielraum und notwendige Ressourcen. Im Folgenden wird beschrieben, wie wir uns die Gemeinschaftsschule künftig vorstellen. Was davon (noch) nicht realisiert ist, verstehen wir durchaus als Forderung an Politik und Gesellschaft:

Lizenz: CC BY-NC-ND-4.0

- Die Gemeinschaftsschule versteht sich als „*gemeinsame Schule für alle*“, ist also inklusiv und nimmt Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf auf. Sie ist an einer bevölkerungsrepräsentativen Schülerschaft interessiert.
- Jede Gemeinschaftsschule hat eine Grund-, Mittel- und Oberstufe (immer 1–13).
- Die Zügigkeit zumindest der Primarstufe und der Sek I ist grundsätzlich immer gleich.
- Die zusätzliche Zuweisung von Schüler/innen durch die Bezirksämter erfolgt in Absprache mit der jeweiligen Schule und unter Berücksichtigung ihrer pädagogischen Konzeption.
- Die Aufnahme in die Schulanfangsphase erfolgt mit der Aufteilung nach 50 % Einzugsgebiet und 50 % auf Antrag. Bei einer deutlichen Veränderung der Zahl der Gemeinschaftsschulen ist es sinnvoll, diese Quotierung neu festzulegen.
- Die Aufnahme von Geschwistern hat Vorrang vor allen anderen Aufnahmeregelungen und gilt stufenübergreifend für alle Jahrgänge.
- Alle Organisationsformen sind möglich und zulässig, favorisiert ist die jahrgangsübergreifende Form 1-3; 4-6 und 7-9.
- Die maximale Anzahl der Schüler/innen pro Lerngruppe ist 26.
- Schüler/innen mit sonderpädagogischer Förderung (SPF) mindestens in den Bereichen körperliche und motorische Entwicklung (KÖ), geistige Entwicklung (GE), Autismus (AUT) zählen für die Gruppenstärke doppelt.
- Für je drei Schüler/innen mit sonderpädagogischer Förderung (KÖ, GE oder AUT) in einer Lerngruppe gibt es eine Abminderung von zwei Unterrichtsstunden für die Lerngruppenleitung für Organisation und Arbeitsaufwand sowie zwei Stunden Abminderung für den Ganztagsbereich.
- Stunden für sonderpädagogische Förderung und für Schulhelfer/innen sind nicht gedeckelt.
- Binnendifferenzierung gilt für alle Schulstufen. Eine Niveau-Zuweisung der Schüler/innen und eine dauerhafte Einrichtung von Niveau-Kursen – G-, E-Kurse – findet nicht statt.
- Alle Schüler/innen dokumentieren ihr Lernen in altersgemäßer Form – z. B. Portfolio, Logbuch. Damit wird die Individualität der Lernwege sichtbar und bewusst gemacht. Die Instrumente dafür erarbeiten die Schulen eigenständig.
- Unabhängig von der Form der Leistungsbeurteilung werden Lernentwicklungsgespräche durchgeführt – hierfür erarbeiten die Schulen eigene Dokumentationsinstrumente.
- I. d. R. erfolgt die Lernstandsrückmeldung von Klasse 1–9 ohne Noten. Es finden notenfreie Beurteilungen – z. B. verbal, kompetenzorientiert – sowie Bilanz- und Planungsgespräche statt. Möchte eine Schule Ziffernnoten vergeben, ist dafür ein Schulkonferenzbeschluss erforderlich, der alle drei Jahre zu evaluieren und ggf. zu erneuern ist.
- Alle Lerngruppen arbeiten mit dem Klassenrat (Lerngruppenrat).
- Das Prinzip der Nachhaltigkeit ist eine der Grundlagen für die Arbeit.
- IT-Infrastruktur und Werkstätten gehören zur Grundausstattung (z.B. Holzwerkstatt, Metallwerkstatt, Lehrküche, Textilwerkstatt, Keramikwerkstatt, Lernwerkstatt).
- Produktives Lernen, wie auch Praxislernklassen sind möglich. Bezirksamt und Senatsverwaltung leisten Unterstützung.
- Ein Schulgarten mit mind. 2.000 m^2 Fläche gehört zur Grundausstattung.
- Alle Lehrer/innen haben die gleiche Unterrichtsverpflichtung (z.Z. in Höhe von 26 Stunden).
- Für Erzieherstellen gilt der Schlüssel: eine Stelle pro 15 Schüler/innen.
- Zuschnitt und Umfang der pädagogischen Funktionsstellen richtet sich nach der Größe der Schule.
- Für die Koordination der Mittelstufe (Jahrgänge 7–10) gibt es Abminderungsstunden: bei bis zu 416 Schüler/innen in 7–10 15 Std., bei mehr als 416 Schüler/innen 10 Std. für eine zweite Person.
- Der Umfang des zusätzlichen Personals (multiprofessionelle Teams) richtet sich nach einem Faktor auf der Grundlage des Sozialindex der Schule, belastet nicht das Standard-Kontingent der Schule.

Lizenz: CC BY-NC-ND-4.0

- Jede Schule hat Anspruch auf je 1 Schulpsychologen, Qualitätsbeauftragten, Inklusionsbeauftragten, Krankenschwester, Werkstattmeister und IT-Techniker (zusätzlich zum Standard-Personal-Kontingent der Schule): ab 1.500 Schüler/innen je eine Stelle, darunter je eine halbe Stelle.
- Die Verwaltungsleitung ist an der Größe der Schule ausgerichtet: bis 1.000 Schüler/innen eine Stelle, darüber zwei Stellen.
- Die Haushaltsmittel für alle Bestellungen bewirtschaftet jede Schule in eigener Verantwortung. Das Bezirksamt kann beratend hinzugezogen werden. Es erfolgt eine Jahresabrechnung gegenüber dem Bezirksamt.
- In der Senatsverwaltung gibt es ein eigenes Referat für die Gemeinschaftsschule.
- Es gibt eine Gemeinschaftsschulverordnung, mindestens aber eine deutliche Hervorhebung der Regelungen für die Gemeinschaftsschule in der Primar- und Sekundarstufen-Verordnung.
- Gemeinschaftsschulen sind keine ausschließlichen Sekundarstufenschulen. Sie erhalten eigene Schulnummern mit einem Schulartkürzel verschieden von dem der integrierten Sekundarschulen, etwa 11E01 (E - für „Eine Schule für ALLE"), und werden auch in der Schulstatistik als eigene Schulart behandelt.

Für deutsche Ohren mögen diese Wünsche/Forderungen ziemlich opulent klingen; international, etwa in den skandinavischen Ländern ist dies jedoch Standard und tägliche Realität nicht nur einiger (privilegierter), sondern aller Schulen.

Quellen

(1) John Hattie: Deutschland hat das ungerechteste Schulsystem, das ich kenne, 2025-01: https://ggg-web.de/bildung-politik/131/2566

(2) John Hattie: Wie können Sie denn bei Zehnjährigen schon wissen, wie sie mit 30 sein werden?, 2025-04: https://ggg-web.de/bildung-politik/131/2384

(3) Marcel Helbig: Wenn die am wenigsten Begünstigten die größten Nachteile haben – Warum unser Schulsystem strukturell ungerecht ist, Eine für Alle Heft 10, 2025-08: https://ggg-web.de/publikationen/ueberregional/eine-fuer-alle/2756

(4) GEW bekennt sich zur „Eine(n) Schule für alle" (2025-05): https://ggg-web.de/bildung-politik/131/2714

(5) Ludger Wößmann u. a.: Ungleiche Bildungschancen – Ein Blick in die Bundesländer, 2024-05: https://ggg-web.de/bildung-politik/131/2391

(6) Bürgerrat für Bildung und Lernen: K/EINE CHANCE – Vorschläge für eine gerechte Bildung, 2023: https://www.buergerrat-bildung-lernen.de/wp-content/uploads/2023/08/BRBL_Mai_2023_DS_NEU.pdf

(7) Bertelsmann Stiftung: Empfehlungen für eine veränderte Lern- und Prüfungskultur – Plädoyer für mutige Entscheidungen, Juni 25: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/Empfehlungen_fuer_eine_veraenderte_Lern_und_Pruefungskultur_final.pdf

(8) Landesschülerausschuss Berlin: Zukunftsforderungen – Akut versetzungsgefährdet – Wer die Bildung nur verwaltet, verliert die Zukunft!2025-06: https://lsaberlin.de/.cm4all/uproc.php/0/Zukunftsforderungen.pdf?cdp=a&_=1976a7f4e98

(9) Linke wollen Anzahl der Gemeinschaftsschulen verdoppeln (2025-07): https://www.linksfraktion.berlin/politik/presse/detail/berliner-linksfraktion-will-anzahl-der-gemeinschaftsschulen-bis-2031-verdoppeln

(10) FIBS: Potenzialstudie Ausbau von Gemeinschaftsschulen, Abschlussbericht 2025: https://gruene-fraktion.berlin/download/potenzialstudie-ausbau-von-gemeinschaftsschulen-fibs/?tmstv=1754742729

(11) Die Grünen, LAG Bildung: Gemeinschaftsschulen mit klaren Qualitätskriterien – Positionspapier der LAG Bildung Bündnis 90/Die Grünen Berlin, 15.05.2025: https://gruene.berlin/nachrichten-lag-bildung/positionspapier-gemeinschaftsschulen-mit-klaren-qualitaetskriterien_3571

(12) Grüne wollen Anzahl der Gemeinschaftsschulen verdoppeln (2025-07): https://www.tagesspiegel.de/berlin/schule/schule-des-21-jahrhunderts-grune-wollen-zahl-der-gemeinschaftsschulen-in-berlin-verdoppeln-14100413.html

Lizenz: CC BY-NC-ND-4.0